

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 20. August 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. August 2026)

zum Thema:

Kinder- und Jugendschutz an den Kaulsdorfer Seen

und **Antwort** vom 4. September 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. September 2026)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/26958
vom 20.August 2026
über Kinder und Jugendschutz an den Kaulsdorfer Seen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher den Bezirk Marzahn-Hellersdorf um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Die angegebenen Daten zur Beantwortung wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Datawarehouse Führungsinformation (DWH FI) entnommen. Da DWH FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) erfassten Daten widerspiegelt, unterliegt der Datenbestand einer fortlaufenden Änderung. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen.

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat seit 2021 über Fälle an den Kaulsdorfer Seen, bei denen Minderjährige mit sexuellen Handlungen im öffentlichen Raum konfrontiert wurden (bitte nach Jahr, Alter, Ort und Sachverhalt aufschlüsseln)?
2. Wie bewertet der Senat die Situation an den Kaulsdorfer Seen unter dem Gesichtspunkt des Kinder- und Jugendschutzes? Ort und Sachverhalt aufschlüsseln)?
3. Welche Maßnahmen ergreifen Polizei, Ordnungsamt und Parkläufer, um eine solche Konfrontation Minderjähriger zu verhindern, und wie stimmen sich die zuständigen Stellen ab?
4. Wie häufig wurde in der Badesaison 2026 bislang kontrolliert, und zu wie vielen Ansprachen, Platzverweisen oder Anzeigen wegen öffentlich wahrnehmbarer sexueller Handlungen kam es?
5. Welche Eingriffsmöglichkeiten bestehen, wenn sexuelle Handlungen für Minderjährige sichtbar sind, die Voraussetzungen der §§ 183 oder 183a StGB jedoch nicht erfüllt sind?
6. Welche Maßnahmen der Besucherlenkung, etwa eine bessere Ausschilderung der Hauptwege, wurden geprüft oder umgesetzt, um unbeabsichtigte Begegnungen Minderjähriger mit sexuellen Handlungen zu verhindern?
7. Plant der Senat gemeinsam mit dem Bezirksamt ein Schutz- und Handlungskonzept mit regelmäßigen Kontrollen, Meldewegen und einer Auswertung der Vorfälle; wenn ja, bis wann, wenn nein, warum nicht?

Zu 1. bis 7.: Im Betrachtungszeitraum von Januar 2021 bis Juni 2026 wurden im Bereich der Kaulsdorfer Seen 26 Straftaten mit sexuellem Hintergrund registriert (Quelle: DWH FI, Stand: Juni 2026). Aufgrund von Löschfristen ist nicht valide zu beziffern, in welchem Umfang Kinder und Jugendliche betroffen waren. Im Jahre 2026 ist eine Anzeige aufgrund von exhibitionistischen Handlungen registriert worden (Quelle: DWH FI, Stand: Juni 2026). Alle weiteren Daten im Sinne der Fragestellungen sind seitens der Polizei Berlin im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar.

Ergibt sich im Rahmen einer Sachverhaltsaufnahme der Anfangsverdacht einer Straftat, unterliegt die Polizei Berlin dem Strafverfolgungszwang. Sind keine strafrechtlichen Verdachtsmomente gegeben, trifft die Polizei Berlin anhand von Einzelfallprüfungen Maßnahmen auf Grundlage des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin (ASOG), insbesondere zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Diese beschreibt die Gesamtheit aller ungeschriebenen Regeln, deren Beachtung für ein geordnetes menschliches Zusammenleben unerlässlich ist.

Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an den Kaulsdorfer Seen erarbeitete die Polizei Berlin mit dem Bezirksamt (BA) Marzahn-Hellersdorf ein

gemeinsames Präsenzkonzept, das den Einsatz von Parkläufern durch das BA, den regelmäßigen Einsatz des Kontaktbereichsdienstes des Polizeiabschnitts 33 sowie gemeinsame Streifen von Parkläufern, Ordnungsamt und Polizei Berlin im zweiwöchigen Rhythmus beinhaltet.

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf teilt mit: „Im Jahr 2026 gab es im Rahmen der Streifentätigkeiten des Außendienstes des allgemeinen Ordnungsdienstes (AOD) zum Kinder- und Jugendschutzgesetz (JuSchG) an den Kaulsdorfer Seen keine Vorkommnisse die behördlich festgestellt werden konnten.

Das Ordnungsamt hat seit dem Jahr 2025 zusätzlich zum regulären Streifendienst mit dem Straßen- und Grünflächenamt sogenannte Verbundeinsätze eingeführt. Der Kaulsdorfer See ist hier als Hotspot eingestuft und wird demnach vermehrt von den Parkläufern und den Dienstkräften des AOD bestreift.

Im Rahmen der Streifentätigkeiten des Außendienstes des AOD am Kaulsdorfer See gab es bis einschließlich 27.08.2026 insgesamt 21 „Kontrollen“. Geahndet wurden hierbei Falschparker, Lärmverstöße, Grillverstöße, illegale Müllentsorgung, illegales Abstellen von Rollern/E-Scootern. Es wurden insgesamt 8 Anzeigen gefertigt. Aufgrund sexueller Handlungen im öffentlichen Raum gab es keine behördlichen Feststellungen und demzufolge auch keine Ansprachen, Platzverweise oder Anzeigen.

Darüber hinaus fanden in 2026 zwei größere Verbundeinsätze gemeinsam mit der Polizei und dem Straßen- und Grünflächenamt statt. Der AOD hat seine Streifentätigkeit an dieser Örtlichkeit erhöht. Das Parkmanagement ist auf die Bestreifung von schwer einsehbaren Bereichen sensibilisiert. Die Bestreifung erfolgt mehrmals täglich.“

Bezüglich der Situation an den Kaulsdorfer Seen unter dem Gesichtspunkt des Kinder- und Jugendschutzes teilt das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf mit: „Im Jahr 2026 gab es im Rahmen der Streifentätigkeiten des AOD zum Kinder- und Jugendschutzgesetz an den Kaulsdorfer Seen keine Vorkommnisse die behördlich festgestellt werden konnten.“

Aufgrund dieser festgestellten Situation gibt es gegenwärtig keine weiteren Planungen zwischen Land und Bezirk.

Berlin, den 4. September 2026

In Vertretung
Falko Liecke
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie